

Rede zum Doppelhaushaltsentwurf 2015/16 der Stadt Ludwigshafen

Frau Oberbürgermeisterin, meine Damen und Herren,

der Entwurf zum Doppelhaushalt 2015/16 ist in jeder Hinsicht ein schwergewichtiges Werk. Soweit ich das nachvollziehen kann hat die Einführung der Doppik auch eine Entwicklung der wundersamen Zahlenvermehrung mit sich gebracht. Auch für 2015 und 2016 diskutieren wir die Produkte der Verwaltung an Hand einer Vielzahl von Kennzahlen. Die Beurteilung des Haushaltsentwurfs an Hand dieser Zahlen ist nicht einfach, aber sie ist ein gutes Stück einfacher geworden. Der Haushalt ist ein Stück handhabbarer und transparenter geworden, und das ist das Verdienst aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung, die am Haushalt mitgearbeitet haben. Insbesondere das des Kämmerers und seiner Mitarbeiter, die auch bereitwillig unsere Fragen beantwortet haben. Dafür gilt ihnen unser Dank.

Mit dem Haushaltsentwurf für 2015 und 2016 bewegt sich die Stadt Ludwigshafen mit geringfügigen Abweichungen nach oben und unten in dem Rahmen der Vorjahre. Der Jahresfehlbetrag steigt von 60 auf über 70 Millionen Euro pro Jahr. Das sieht für sich genommen nicht nach einer dramatischen Entwicklung aus, aber es ist erschreckend: 2012 ist Ludwigshafen dem Kommunalen Entschuldungsfonds beigetreten, was doch zu verhaltenen Hoffnungen Anlass gab. Durch das Landesfinanzausgleichsgesetz ist die Stadt 2014 erstmals Nettoempfänger nach Umlagen und Zuweisungen geworden, eine weitere Verbesserung. Jetzt beschließt der Stadtrat heute über die Erhöhung der Gewerbesteuer von 375 auf 405 Punkte – vor zwei Jahren haben wir Grüne das noch erfolglos gefordert. Der Hebesatz steigt um 8 Prozent, aber das geschätzte Gewerbesteueraufkommen steigt netto gerade einmal um 1 Prozent.

Auf der Einnahmenseite gibt es positive Zeichen, aber insgesamt tritt die Stadt auf der Stelle. Schlimmer noch: Der Fehlbetrag wächst. Jetzt gibt es wieder Stimmen – heute in Form eines Antrags der AfD – die sagen: Lasst uns klagen. Wir kriegen unser Recht auf juristischem Weg. Meine Einschätzung ist: Am Ende wird die Erkenntnis stehen – außer Spesen nichts gewesen. Der klagende Landkreis Südliche Weinstraße und die klagende Stadt Pirmasens haben völlig andere, teilweise konträre Interessen als die gewerbesteuerstarke und einkommenssteuerschwache Stadt Ludwigshafen. Ich bin auch skeptisch, was unseren Beitritt zum Städte-Bündnis "Raus aus den Schulden" betrifft. Auch hier ist Ludwigshafen mit seiner speziellen Problematik ein Außenseiter. Gerechtigkeit für Ludwigshafen werden wir auch auf diesem Weg nach meiner Einschätzung nicht bekommen.

Wir stimmen der Einnahmenseite des Haushalts diesmal zu, mit einer Ausnahme: Die geplante Erhöhung der Bäder-Eintrittspreise lehnen wir ab. Wir sind der Meinung, dass der soziale Schaden der Preiserhöhung weit größer ist als der finanzielle Nutzen. Wir halten die Gewerbesteuererhöhung für notwendig, für richtig und vertretbar. Es ist heute schon gesagt worden: Ludwigshafen reiht sich damit in die Schlange der rheinland-pfälzischen Oberzentren ein, aber an deren Ende. Die anderen 4 liegen mit ihren Hebesätzen teils deutlich drüber, Mannheim auch. Um die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Ludwigshafen mache ich mir keine Sorgen.

Unsere Kritik am Haushaltsentwurf liegt auf der Ausgabenseite. Die finanzielle Situation der Stadt Ludwigshafen wird sich nicht über Nacht und auch nicht in den nächsten

Jahren entscheidend verbessern. Es nützt also nichts, irgendjemanden zu verträsten. In der Situation der permanenten finanziellen Not müssen wir das Notwendige tun, damit Ludwigshafen lebenswert bleibt, damit diese Stadt allen hier Lebenden gute Möglichkeiten und gute Chancen bietet. Wir sind in der glücklichen Lage, in einem wachsenden Gemeinwesen zu leben. In dieser Stadt wurden in den vergangenen Jahren mehr Kinder geboren als man das erwarten und berechnen konnte, und wir freuen uns darüber. Den Kraftakt des Kita-Ausbauprogramms befürworten wir, weil wir damit frühe Chancen für die überwiegende Mehrheit der Ludwigshafener Kinder eröffnen können. Wenn wir dafür kämpfen, dass sich das „strukturelle Defizit“ der Stadt Ludwigshafen langfristig schließt, dann müssen wir weit über unsere Kitas hinaus entlang der Bildungskette für Verbesserungen kämpfen. Es ist keine einfache Aufgabe für den Schulträger Stadt Ludwigshafen, für gut ausgestattete, attraktive Schulen zu sorgen, die eine gute, fördernde Lernumgebung bieten, aber es ist notwendig. Die Quote der Schulabgänger ohne Abschluss muss weiter sinken, das Bildungsniveau muss im Schnitt steigen, die Ausbildungs- und Berufschancen der jungen Ludwigshafenerinnen und Ludwigshafener auf dem lokalen Arbeitsmarkt müssen besser werden, der Abstand zwischen der hohen Arbeitslosenquote in Ludwigshafen zu der niedrigen im Umland muss geringer werden – alles das im Sinne der Lebenschancen unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger, aber auch mit dem Ziel, langfristig etwas gegen unser „strukturelles Defizit“ zu tun.

Die Stadt Ludwigshafen muss weiter für die Ziele „Prävention“ und „Integration“ arbeiten, in schlechten Zeiten um so mehr. Wir sind froh, dass es offensichtlich gelungen ist, ein erwiesenermaßen erfolgreiches Berufsorientierungsprojekt wie die Mädchenwerkstatt noch kurzfristig zu retten bzw. die Landesfinanzierung für 2015 zu sichern. Wir sind auch sehr damit einverstanden, dass die Stadt Ludwigshafen ihren Beitrag dazu im Haushalt stehen hat. Das Partnerprojekt KOM zur beruflichen Integration erwachsener Frauen halten wir für genauso wichtig: Gerade in den Zeiten eines hohen Zuzugs von Flüchtlingen ist es von großer Bedeutung, dass es diese spezialisierte professionelle Anlaufstelle gibt. Hier hat die Stadt schon 2014 ihren bescheidenen finanziellen Anteil auf Null gefahren – höchste Zeit, das rückgängig zu machen. Wir brauchen die Mädchenwerkstatt und KOM auch über 2015 hinaus!

Nun hat das Berufslotsenprogramm KÜM in der Realschule am Ebertpark und der IGS Edigheim vergleichsweise praktisch nur Freunde – das sieht man an den Anträgen der SPD und der CDU resp. der AfD im weiteren Verlauf der Tagesordnung. Es ist ein Armutszeugnis, dass man dieses Programm im Sommer bzw. Herbst auslaufen ließ. Es war absehbar, dass die Weiterfinanzierung über ESF-Gelder bzw. mit Hilfe der Arbeitsagentur schwierig wird. Wir haben zweimal eine Mitfinanzierungsbereitschaft der Stadt eingefordert, ohne Erfolg. Nun wollen die beiden großen Fraktionen 2015 60.000 bzw. 2016 120.000 und fast unisono die AfD jährlich 120.000 Euro einstellen. Ich sage Ihnen jetzt, warum wir in unserem Änderungsantrag 200.000 Euro für ein Berufslotsenprogramm stehen haben: Weil wir möglichst bald wieder anfangen wollen, nicht erst zum nächsten Schuljahreswechsel, und weil wir der Meinung sind, dass wir ein Berufslotsenkonzept für alle Schulabgänger/innen mit Berufsreife oder Mittlerer Reife in Ludwigshafen brauchen – gewünscht natürlich als konzertierte Aktion mit allen Akteuren, aber wenn der Anstoß der Stadt Ludwigshafen dazu notwendig ist, dann muss die Stadt das auch tun.

Allen, die das Gefühl haben, dass wir trotz Sparmaßnahmen noch recht komfortabel in Ludwigshafen leben, möchte ich sagen: Es gibt in Ludwigshafen einen schleichenden

Abbau sozialer Infrastruktur. GeBeGe, Sozialkaufhaus, drogenfreie Wohngemeinschaft, Beratungsstellen freier Träger – aus unterschiedlichen Gründen werden Angebote zurückgefahren oder können nicht bedarfsgerecht angeboten werden. Andererseits gibt es mehr und mehr Menschen, die Hilfen in Anspruch nehmen sollen und wollen. Ich will das nicht auf das aktuelle Thema Flüchtlinge einschränken, trotzdem: Auch hier gibt es einen Rückgang an Beratungskapazitäten zur Integration in Ludwigshafen. Ich habe einen Antrag der SPD im Frankenthaler Stadtrat gelesen, der mir aus der Seele spricht: Ziel muss es sein, für je 100 Flüchtlinge einen Sozialarbeiter bzw. eine Sozialarbeiterin zur Verfügung zu haben, die beraten, die Hilfe geben beim Einleben, Wege eröffnen zu Bildung, Arbeit und Teilhabe am sozialen Leben. Mit unserer Forderung in dem Änderungsantrag, der Ihnen vorliegt, sind wir etwas bescheidener. Aber wir wollen auch hier erreichen, dass die Stadt den Anstoß gibt. Sie kann und soll diese Aufgabe nicht alleine stemmen, aber sie muss ihr Teil dazu tun, davon sind wir überzeugt.

Ludwigshafen lebt in der Erwartung großer Ereignisse, die mehrere Namen haben: Abriss der Hochstraße Nord, oder auch: Stadtstraße lang, oder: City West. 2018 soll es vielleicht losgehen, aber der lange Schatten der abrisssreifen Betonader fällt schon auf den vorliegenden Doppelhaushaltsentwurf. Jeder weiß, dass wir Ludwigshafen in den nächsten vier Jahren auf völlig veränderte Verkehrsflüsse vorbereiten müssen. Was die Verwaltung mit dem Haushaltsentwurf allerdings vorschlägt, ist ein reines Straßensanierungsprogramm. Wer nicht weiß, wo die Stadt die Ausweichstrecken der Pkw-Pendler vermutet, muss im Investitionsteil des Haushalts nachschauen und weiß es. Dieses Programm hat nicht nur einen, sondern mehrere schwerwiegende Nachteile.

Kritikpunkt Nr. 1: Die Gewichte im Investitionsbereich verschieben sich; schulische Erneuerungsmaßnahmen fallen der Straßensanierung zum Opfer. Da ist zwar noch einmal nachgebessert worden – Schülerinnen und Schülern, Eltern und Lehrkräften können Sie so nicht gerecht werden. Es ist vollkommen logisch und sicher im Einzelnen auch dringlich, dass die Stadt die alte Hochstraße zwischen Konrad-Adenauer-Brücke und Bruchwiesenstraße jetzt in Ordnung bringen will, damit sie die Bauphase der Stadtstraße lang heil durchhält – aber es kann eigentlich niemand ohne Bauchgrimmen auf die Millionensummen blicken, die das kostet.

Die Sanierung der Brunckstraße, zweiter Bauabschnitt, lehnen wir aus dem schlichten Grund ab, dass es versäumt wurde, den Radfahrern ein zeitgemäßes Angebot zu machen. Und da ist mindestens der zweite bedeutende Kritikpunkt. Gerade haben Verwaltung und Politik das „Teilkonzept Mobilität“ des städtischen Klimaschutzkonzepts in Empfang genommen. Dieses Mobilitätskonzept hat eine klare Botschaft: Ludwigshafen hat Nachholbedarf. Der Umweltverbund muss dringend gestärkt werden. Was heißt das: Radverbindungen verbessern. ÖPNV verbessern. Carsharing. Umsteigemöglichkeiten anbieten.

Mit der Aussicht, dass wir ab 2018 eine Hauptader des motorisierten Verkehrs verlieren, kann man nur sagen: Ja, genau, damit müssen wir anfangen, und zwar sofort. Hauptziel: Pendlern in der Stadt und durch die Stadt Anreize geben, auf umweltfreundliche Verkehrsmittel umzusteigen.

In der Realität dieses Haushaltsentwurfs heißt das: Die Speyerer Straße wird repariert und kriegt keine Fahrradspur, die Wollstraße wird repariert und kriegt keine Fahrradspur, die Brunckstraße wird vor dem und am Ortseingang Friesenheim aufwändig neu gebaut und kriegt einen – aus Pendlersicht – unzulänglichen kombinierten Rad- und Fußgängerweg. Fortschritt für den Autoverkehr und Rückschritt

für den Umweltverbund – das ist die falsche Richtung, die hier eingeschlagen wird! Für die Radler herrscht in Ludwigshafen Stillstand, deshalb wollen wir ein Entwicklungskonzept für den Fahrradverkehr.

Im ÖPNV rächt sich, dass Rhein-Haardt-Bahn und Linie 10 auf die lange Bank geschoben wurden und jetzt mit hohem zeitlichen Druck saniert werden müssen. Es wird schwierig werden, Argumente für den Umstieg auf Bus und Bahn zu finden. Wir freuen uns, wenn das Sozialticket kommt. Wir glauben aber, dass es darüber hinaus ein Marketingkonzept mit auf Ludwigshafen bezogenen Spezialangeboten geben muss, damit unser ÖPNV besser genutzt wird. Und wir wollen natürlich mittelfristig Angebotsverbesserungen. Eine gute Busverbindung zwischen den nördlichen Stadtteilen und Frankenthal ist dafür nur ein Stichwort.

Die konzertierten Aktionen der Schulleitungen, der Schülervertretungen und Elternbeiräte zur Verkehrsproblematik rund um das Kerschensteiner-Berufsbildungszentrum weisen darauf hin, dass es nicht tragfähig ist, Problemanzeigen aus dem Weg zu gehen. Mit dem Text des SPD-Wahlplakats möchten wir rufen: Öffnung des Posttunnels jetzt! Und darüber hinaus wünschen wir uns, dass die Verwaltung das Verkehrsproblem rund um die Technologiemeile mit dem gleichen Elan und der gleichen Kreativität angeht, wie es gerade die Betroffenen aus den anliegenden Schulen versuchen.

Es gibt Aufgaben, die lassen sich nur begrenzt schieben, Haushaltskrise hin oder her. Die lokale Energiewende und der lokale Klimaschutz warten nicht. Ludwigshafen war einmal die „heimliche Hauptstadt der Energieeffizienz“ und wird längst von Mannheim oder Heidelberg abgehängt. Dass in Ludwigshafen nach ehrgeizigen Energiestandards gebaut wurde, ist schon länger vorbei. Wenn jetzt in Ludwigshafen städtische Einfachwohnungen renoviert werden, hoffen wir, dass dabei auch energetisch etwas getan wird. Die Zeit ölbeheizter städtischer Liegenschaften sollte vorbei sein, wir machen uns dafür seit langem stark. Zumindest gibt es inzwischen auch LED-Lampen in Ludwigshafen, aber wer den Maßnahmenkatalog des 2011 verabschiedeten Klimaschutzkonzepts liest, muss an den meisten Stellen konstatieren: Fehlanzeige. Entwicklung von Klimaschutzstandards, Modellprojekte „Contracting plus“, ökologische Beschaffung: Lassen auf sich warten. Von den 9 Jahren bis zur Zielmarke 2020 ist mehr als ein Drittel um. Höchste Zeit, sich zu sputen.

Ein wesentliches – nicht nur – Klimaschutzprojekt geht die Stadt in den kommenden beiden Jahren an, und das unterstützen wir sehr: Von 2015 bis 2017 soll ein neuer Flächennutzungsplan aufgestellt und beschlossen werden. Wir möchten dies gerne flankieren mit einer gründlichen Klimaanalyse. Wir möchten nach langer Zeit wieder ein systematisches Gutachten über Luftaustausch, Temperaturzonen und lokale Wettereinflüsse in und um Ludwigshafen. Wir sind uns sicher, dass dabei herauskommen wird: Finger weg von weiterer großflächiger Versiegelung in den Außenzonen. Für Frischluftschneisen, gegen weitere Gewerbegebiete wie das akut nördlich von Ruchheim geplante. Die dann überflüssigen Straßenausbaumaßnahmen an L 524 und L 527 stehen zwar nicht im Haushaltsentwurf, aber dies wahrscheinlich nur, weil man sich mit der Nachbarstadt Frankenthal vertraulich geeinigt hat, dass die Frankenthaler den Kostenanteil vorstrecken. Bezahlen muss die Stadt Ludwigshafen ggf. dann doch, aber wir lehnen das Ganze ab.

Mit unserem Änderungsantrag zum Doppelhaushaltsentwurf wollen wir Signale setzen. Wir fordern keine großen Summen, aber wir halten es für notwendig und gerechtfertigt, an den von uns identifizierten neuralgischen Stellen des Entwurfs in überschaubarem Maße aufzustocken. Wir tun das in dem sicheren Gefühl und mit der Erfahrung, dass einige unserer Vorschläge wie durch Zauberhand nach einer gewissen Schamfrist von anderen politischen Kräften aufgegriffen werden und dann mehrheitsfähig sind. Warum nicht gleich jetzt?